

Riechsteinener Nachrichten

vormals „Oberrheinische Nachrichten“

Bezugspreis:
Riechstein und Umgegend: jährlich fr. 10.-,
halbjährlich fr. 5.-, vierteljährlich fr. 2.50,
abriges Ausland fr. 15.-, 7.50 und 4.-

Anzeigenpreis:
Für Riechstein: Die einseitige Kolonnenzeile
10 Rp., 20 Rp., 30 Rp., 40 Rp., 50 Rp., 60 Rp.,
Wiederholungen erhalten Rabatt nach Tarif.

Amliches Publikationsorgan für Riechstein.

Erscheint Mittwoch und Samstag.

Abonnements nehmen entgegen: sämtliche Postbüros, die Redaktion (Tel. Nr. 40), die Verwaltung in Baden (Tel. Nr. 9, Postfach-Ronto IX 7069), die Buchdruckerei A. G. in Mels - Inserate nehmen die Verwaltung und die Buchdruckerei in Mels entgegen und müssen spätestens je Dienstag u. Freitag vormittag eingehen. - Druck und Expedition: Sargansfeldnische Buchdruckerei in Mels A. G. (Tel. Nr. 99). Außerriechsteinische Annoncenregie: Publicitas St. Gallen.

Wie man das Volk betört. (Eingesandt.)

Im „Volksblatt“ glaubte ein Uebertreuer durch Vergleich der Gesamtausgaben des Landesvoranschlages von 1914 und 1925 dem Volke zu zeigen, wie von der einen Seite gepart und von der andern das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen wird. Dabei wird aber wohlweislich verschwiegen, daß nicht die Voranschlagszahlen, welche mehr oder minder mit der Wahrscheinlichkeit zu tun haben, sondern mit den wirklich eingetretenen Zahlen der Landesrechnung umgegangen werden muß. Während nämlich der Landesvoranschlag ähnlich wie bei den Gemeinden der Gemeindevoranschlag im Vorjahre gemacht wird, auf Grund der mutmaßlichen Einnahmen und Ausgaben, so wird umgekehrt die Abrechnung auf Grund der wirklichen Einnahmen und Ausgaben am Ende eines Verwaltungsjahres aufgestellt.

Es kann dem Bürger nicht genug wiederholt werden, daß Riechstein aus der Schuldenwirtschaftsperiode (allein von 1920 bis 1922 liefen über 900,000 Franken Schulden auf unter der früheren Regierung und dem Landtage) in eine Einnahmen-Überschussperiode unter der jetzigen Regierung und dem abgetretenen Landtage eingetreten ist. Das ist das unbestreitbare Verdienst.

Ein Vergleich der Voranschläge 1914 mit jenen nach dem Kriege mühte, wenn ernst gemeint, auf die Geldentwertung, auf die gesteigerten Anforderungen an das Land Rücksicht nehmen. Sind die Zahlen der Gemeindevoranschläge auch gleich geblieben? Das wird der famose Schreiber wohl nicht behaupten wollen. Ein weiterer Umstand verdient besonderer Erwähnung: während früher trotz des Voranschlages alljährlich regelmäßig wiederkehrende Ausgaben nicht in den Voranschlag aufgenommen wurden, beschränkt sich die neue Voranschlagsmethode einer besonderen Vollständigkeit. Dadurch werden Ueberraschungen vermieden.

Der Voranschlag für 1914 enthielt an Ausgaben total 271,930 Kronen und an Einnahmen 272,540 Kronen, derjenige von 1925: 774,090.27 bzw. 788,410 Franken. Aber nicht diese Zahlen geben Aufschluß, sondern die einzelnen Posten, wobei immerhin zu bemerken ist, daß zufolge geänderten Aufbaues des Voranschlages der Vergleich vorzüglich und schwer zu machen ist.

Der Posten „Landtag“ ist gestiegen (2500 gegen 6200). Dieser Posten ist aber schon seit 1920 gestiegen und seither eher zurückgegangen.

Bei der Regierung ist darauf hinzuweisen, daß die Gehalte höher sind als 1914 (wobei besonders die Geldentwertung und Teuerung eine Rolle spielen). Der Regierungschef-Gehalt mit Fr. 7600 ist auf das Land übergegangen. Neu sind die Posten für die Gesundheitspflege (17,000), wofür allerdings ein neuer Einnahmeposten von Fr. 20,000 aus fürstlichen Mitteln gegenüber steht. Die

allgemeinen Verwaltungsauslagen sind zeitensprechend gestiegen. — Die Auslagen für Schulwesen wurden angelegt: 1914: 69,306; 1925 veranschlagt mit 127,075 Fr., also allein bei diesem Posten ein Unterschied von 58,000 Franken.

Verkehrswesen: 1914 veranschlagt 2400 Kronen; 1925 veranschlagt 130,319 Fr., also Mehrausgaben rund 128,000 Franken; 1926 dagegen 170,680 Franken.

Hierzu ist zu bemerken, daß 1914 noch Oesterreich sämtliche Einnahmen und Ausgaben aus Post und Telegraph bezog, daß dagegen bei jener Wirtschaft die Auslagen für das Telephon und den bekannten Postwagen auf Kosten des Landes gingen. Heute ist die Post einschließlich Telegraph und Telephon eine der besten Einnahmsquellen des Landes. Das ganze Postbudget ist heute in den Voranschlag aufgenommen, während es früher fehlte. Durch diese Zahlen ist der Landesvoranschlag zahlenmäßig gestiegen, im Endresultate aber günstig beeinflusst. Man verschweigt dem armen Steuerzahler, wie es ist und wie die Posteneinnahmen entlastend wirken.

Sanitätswesen. 1914 veranschlagt mit 2400 Kronen, 1926 mit 4700 Fr., also mehr 2300 Franken, worin besonders die Ausgaben für Lebensmittelkontrolle und Gesundheitskommissionen inbegriffen sind und die Kosten für die im Interesse der Volksgesundheit dringend notwendigen Desinfektionen nach ansteckenden Krankheiten.

Für die Straßeninstandhaltung wurden 1914: 30,000 Kronen budgetiert, 1926 aber 62,600 Franken und außerdem 24,800 Fr. für den Berger Straßenbau. An besonderen Beiträgen für Straßenbauten und Regulierungen in Planken, Muren, Gamprin, Ruggell und Schellenberg sind 1926 allein 15,700 Franken eingesezt.

Die Rheinbauten sind im 1914er Landesvoranschlag mit 12,400 Kronen angeführt, die Mülsebauarbeiten mit 6000 Kronen. Anders 1926: für die ordentlichen Rheinverbauungen sind 20,250 Fr. als Landesbeitrag vorgezogen und überdies als erste Rate für die Verlängerung des Wuhres beim sogenannten Trichter in Triesen 7500 Franken. Die Mülsebauarbeiten sind mit 13,300 Franken für 1926 vorgezogen.

Für die Vorarbeiten zur Rietentwässerung sind 1926 als erste Rate 16,000 Fr. eingesezt, die Gemeinde Triesen ist mit einer Subvention von 8901 Fr. und die Gemeinde Baden mit einer solchen von 3234 Franken bedacht.

Für Land- und Forstwirtschaft sind 1926 22,840 Fr. eingesezt, 1914 betrug diese Post 21,500 Kronen. 1914 sind für Steuerüberweisungen und Fondsbetreibungen 13,100 Kronen budgetiert, 1926 aber 24,000 Franken, wobei zu bemerken ist, daß die Hundesteuer, die Autosteuer, die Fahrradsteuer überhaupt von den Gemeinden eingehoben werden.

Für Pensionen wurden 1914: 11,363 Kronen erfordert, während diese Post für 1926 27,285 Franken ausmacht. Die 1914 tätigen Beamten, Lehrer und Angestellten sind eben auch älter geworden und haben von ihrem Pensionsanspruch Gebrauch gemacht, zum Teil sind sie gestorben, und ihre Witwen beziehen die Pensionsbeträge.

Für soziale Fürsorge ist die Wirtschaftskammer geschaffen worden. Sie soll dem Handwerker, dem Arbeiter und dem Bauer bestehen. Sie ist 1926 mit 7800 Franken dotiert, worunter auch die Kosten für Fremdenverkehrspropaganda, Arbeitsbeschaffung u. s. w. enthalten sind. Bei diesem Titel sind für die Durchführung der Brandschadenversicherung (natürlich nur für den Fall, als das Volk diesem Gesetze zustimmt) 5000 Fr. eingesezt, für die Arbeiten zur Kronenaufwertung ebenfalls 2000, für Stipendien an Handwerker 2000 und für Unterstützung des Riechsteinischen Kranken-Unterstützungsvereines in Schaan 500 Franken. Man sieht, viele soziale Aufgaben sind noch recht dringlich behandelt. 1914 war all dies nicht notwendig. Damals verfügte die Regierung über einen Wohltätigkeitsfonds von mehr als 100,000 Kronen, über einen Landesarmenfonds von mehr als 300,000 Kronen. Der landschaftliche Schulfond hatte ein Vermögen von 192,000 Kronen, der Zrenfürsorgefond von 60,000, der Pensionsfonds der Staatsangestellten zählte 34,000, die Grafische Stiftung besaß 42,000 Kronen, die Ing. Schädel'sche Realstiftung 65,000 Kronen, der Feuerwehrronds 20,000 Kr. usw.

Diese reichen Mittel standen der Regierung damals zur Verfügung und aus diesen Zahlen kann jeder ersehen, welche Summen heute wegen Wegfalls dieser Fonds (der Wohltätigkeitsfonds ist mit ca. 40,000 Fr. neugegründet worden, alle anderen Fonds besitzen derzeit überhaupt kein, oder doch nur sehr wenig Vermögen) in den Landesvoranschlag aufgenommen werden müssen.

Der Zinsendienst für zwei Anleihen erfordert 1926: 110,000 Franken, die Amortisationen sind mit 35,000 Franken eingesezt. Von den Zinsen geht allerdings ein Teil schon 1926 wieder ein. 1914 wurden hierfür bloß 400 Kronen erfordert.

Wenigstens verhält es sich auch bei den Einnahmen. Zu erwähnen ist hier ein Beitrag des Fürsten per 20,000 Franken an die Kosten der allgemeinen Landesverwaltung. An Zinsrenten gehen 18,700 Fr. ein (1914: 0); an Jagd- und Fischpachten gehen 12,460 Fr. ein (1914: 2200); Steuern, Taxen u. Stempel 288,100 (1914: 59,000); die Zolleinkünfte sind mit 200,000, diejenigen des Salzmonopols mit 15,000 und jene der Post und des Telephons mit 185,650 Franken, zusammen also 400,650 Franken eingesezt. 1914 sind die Zoll- und Postzolleinkünfte mit 197,340 Kronen budgetiert. An Zinsen weist das 1926er Budget 35,000 Fr., jenes von 1914: 8000 Kronen auf.

Diese Ziffern zeigen zur Genüge, wie un-

begründet die Heranziehung des 1914er Landesvoranschlages zum Vergleich mit den jetzt geforderten Staatsausgaben ist. Dieser nun durchgeführte Vergleich kräftigt aber auch die von den Gegnern verbreiteten Zahlen Lügen.

Das Partei- und Arbeitsprogramm der Volkspartei.

(Korrespondenz.)
1918 und 1922 hatten beide Parteien ein Programm für ihre Tätigkeit aufgestellt. Die Volkspartei ein ausführlicheres und nicht nur auf die Einstellung der Wahlzeit berechnetes, die Bürgerpartei dagegen mehr ein Gelegenheitsprogramm.

Nach all dem vorausgegangenen Lärm und Geräusch, der Siegeszuversicht der Gegner hätte man wohl annehmen dürfen, es werde dem Wähler programmatisch der neue politische Stern am Riechsteinener Landeshimmel mit einem voll von aus- und aufbauenden Programmpunkten enthaltener Kometenschweif vor Augen geführt. Nichts ist von alledem eingetroffen, nicht einmal soviel als wie bei früheren Wahlzeiten. Haben vielleicht jene Recht behalten, die behaupteten, es bestünde ein verborgenes politisches Programm, das dem Wähler erst im Nachhinein vor Augen geführt wird? Soll doch z. B. eine politische Größe als einen Programmpunkt ausgeplaudert haben, wenn die Bürgerpartei aus Kuder komme, müsse der Regierungschef am zweiten Tage vom Posten weg. Andere haben ähnliche Hiebeposten verbreitet. Nun, so tragisch sind auf unserer Seite diese Andeutungen nicht genommen worden, weil man sich ruhig sagte, wir sind denn auch noch da und sorgen dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Gegenüber diesem geheimnisvollen Gebahren ist die Volkspartei den Wählern gegenüber mit einem offenen Partei- und Arbeitsprogramm aufgetreten, damit der Wähler Ziele und Aufgaben der Partei kennen lerne und weiß, wofür er stimmt.

Das alte Programm ist durch die Entwicklung der letzten Jahre teilweise infolge Erfüllung und anderer Umstände überholt worden. Während unser früheres Programm mehr einen verfassungs- und rechtspolitischen Einschlag enthielt mit der ausgesprochenen Absicht, zuerst das Haus recht auszubauen und andere politische Probleme nebenbei berührte, hat sich das Verhältnis den Bedürfnissen und Aufgaben der nächsten Zukunft entsprechend umgekehrt: im Vordergrund steht beim Arbeitsprogramm die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik. Erst in zweiter Linie, wenn auch nicht nebensächlich, stehen andere, insbesondere verfassungs- und gesetzgebungspolitische Bestrebungen.

Die einleitenden grundsätzlichen Erklärungen sind sich gleich geblie-

Feuilleton

Vater und Sohn im Examen.

Erzählung von Heinrich Hedeler
Und erst der Schulratspräsident! Schon die Erstklägler wissen, daß er nur zusammenschließen, aber weder ablesen noch verzeihen kann. Auch daß der reiche Schleichbauer Ott nur die zwei Buchstaben seines Namens schreiben kann, das große „O“ und das kleine „t“. Das große „t“ und das kleine „o“ könnte er schon nicht mehr kriegen. Mit zwei Buchstaben, sagte er einmal im Bauernverein und schlug seine fette Bauernfaust auf faul auf den Tisch, daß die Gläser aufstiegen, mit zwei Buchstaben bin ich Kandidat geworden. Wenn diese Kandidaten und Großbauern nicht Angst haben beim Examen, sollen dann die Kandidaten und Mädchen sich fürchten, die so viel verstehen? Ja, sollte das nur schon Wenzel fürchten, da er doch das ganze Abteil mit den Buchstaben schönere Namen gibt und sie nicht wie eine Schicht, sondern wie eine lebendige Welt vor sich sieht, Menschen und Tiere, Augen und Nasen und

Ohren, Gesichter voll Lachen und Weinen, je nachdem! — Nein, nein, Wenzel hat sich nicht zu fürchten!

Endlich geht die Tür auf; zwei Schulräte treten ein und schütteln dem Lehrer wieder die Hand. Sie tragen das Feiertagskleid mit einer gewissen steifen Würde. Ihre Sonnenbrillen und stark behaarten Hände ziehen vom Stuhl. Über der lange weite Rock, in dessen Futter, die Frauen Neckenwässer gepulvert haben, macht, diesen Geruch der Arbeit verdrängen. Die beiden Männer stellen sich in eine Ecke und betrachten von da freundlich die Kinder: Heimlich gratulieren sie sich, daß zu ihren Zeiten solche strenge Schulen und enge Bänke, und so viel Wissensmaterie noch nicht bekannt waren. Sie und da: nichtenfalls einem bekannten Mädchen zu, dessen Mutter, bei ihnen Wäsche hängelt, oder übergehenden gebuldig einen Knaben, der seinen Herbst ihr einziges Pflichtenstückchen, am Straßenrand gesammelt hat. — Der verdammte Kerl! — Es klopf wieder, und sogleich, ohne das Herbe abzuwarten, steht der Brettstulzerige Schulratspräsident die Tür auf; er sieht ein wenig mit dem linken Bein; der Mann, der nicht müßig stehen kann. Doch ist sein linker Fuß darum nicht kür-

zer, sondern, er hint mehr der Feterschheit wegen, um sich sozusagen damit eine beschwerliche Wichtigkeit zu geben. Langsam rutscht er in den hochheiligen Ehrenstuhl, zieht die Stirne kraus und dreht die Uhr mit dem Schlüsselchen auf.

„Beginnen Sie, Herr Lehrer,“ sagt er würdig, nachdem er noch einen Blick auf den Stundenzeiger geworfen hat. „Beginnen Sie mit der Geographie!“ Sein Lebtag hat der Präsident nie Geographie gesagt. Und doch war er bei der Grenzbeziehung als Führer bis an jenes Land gekommen, wo man von Schanz und Müllsdorf sagt, und dreimal hatte er eine geschickte Ferde von Rindloch über den Gollhard ins Mailändische hinuntergeführt.

Man beginnt, also mit der Geographie. Die oberen Klassen fangen an von unserm schönen und braven Vaterland zu reden. Wie groß es sei; die Kinder behaupten steif und ernst, es gebe kein größeres Land auf Erden. Wenn man auf dem Ritzjurm; des Dorfes steht, dort, wo in den Ecken so viele Fledermäuse wie braune Nebelkappen an den Krallen hängen, — glaubt ihr, man sehe wohl von einem Ende des Vaterlandes zum andern? — Nicht einmal, wenn man auf den Metzberg steigt, der über dem Dörfchen sich steil erhebt.

Man sieht weit dort oben, das ist nicht zu leugnen, und die Nachbarn von Wohlheim, die von ihrem Guggelstock noch mehr sehen wollen, lägen wie immer. Nein, man sieht hier auf dem Metzberg am weitesten, sogar den großen Fluß, der zur Hauptstadt wie ein starker Wanderer läuft, steht man in der Ferne prächtig im Schweiß seines Angesichtes glühern. Und wenn es hell ist, am Abend, ein wenig nach Sonnenuntergang, dann tauchen am südlichen Himmelsrand sonderbare Gestirbe auf. Man meint zuerst, es seien Wolken. Dann aber sieht man, daß es Berge sind, die fernem, ungeheuren des Oberlandes, dunkelgrün an den Felsen, grau an der Brust, aber von der Schulter an weiß im hellichten Schnee — und hinter diesen Bergen hört das Land noch immer nicht auf. Da kommen wieder neue Täler, neue Berge, ach Gott, unser Vaterland hat kein Ende.

(Fortsetzung folgt.)

Geschäftsleute, welche bloß alle bei Monate einmal Inserate erlassen, vergessen daß die meisten Leute eine Sache nicht länger als sieben Tage im Gedächtnisse behalten.

ben. Die Volkspartei ist eine demokratische Partei und steht auf dem unverrückbaren Standpunkte des Ausbaues der Landeseinrichtungen in gut demokratischem Willen, wie es übrigens die Verfassung will. Sie zieht den Staatsbürger zum Träger und Mitbildner des Staatswillens heran. Nicht Anterian soll er mehr sein, sondern eben mehr: auf- und ausbauendes Mitglied unseres staatlichen Verbandes. In diesem Sinne ist die Periode des Anterianentums vorbei und der Bürger ist Mitträger d. Staatswillens. — Die Politik der Volkspartei soll eine lichtensteinische (nationale) sein, das Schielen nach auswärtig findet an der Stellung der Partei Grenzen und Halte. Volkstümlich soll und will die politische Tätigkeit der Volkspartei sein. Gesunde Wünsche und Interessen des Volkes oder einzelner Kreise und Landesgegenden finden bei ihr Verständnis. Weil nicht vollständig bekämpft die Partei das Dorfzontentum und Dorfmagnatentum. Unter gleichen sonstigen Voraussetzungen kennt die Partei keinen Unterschied, insbesondere anerkennt sie nicht die Herrschaft des Geldfaktors und ein durch diesen etwa hervorgerufenes Ansehen. Beruht nicht die Partei das Kleinliche, Persönliche, weil es zu nichts, höchstens zu noch kleinerem führt und unser Volk in den Augen der Umwelt zur Lächerlichkeit zu stempeln geeignet ist. Sind wir nicht schon klein genug, sollen wir uns noch kleiner machen? Sachliche Politik soll getrieben werden, nicht persönliche, nicht Personenkultus. Das allzu Persönliche im Widerstreite politischer Anschauungen soll vermieden und an dessen Stelle eine die Sache, statt die Person behandelnde kritische Würdigung treten. Wer hat denn etwas von diesem allzu Persönlichen?

Die Volkspartei ist politisch auf dem Boden der katholischen Weltanschauung, entsprechend der Überzeugung, entsprechend aber auch der Zusammensetzung unserer Bevölkerung, vor allem unserer Anhänger. Das ist ein Alter, von uns von jeder befolgt Programm, an dem wir uns durch wohlfeile Kritik anderer — um das ein für allemal zu betonen — von Unberufenen eine Kritik nicht erlauben und auch keine einnehmen.

Die Volkspartei steht auf dem Boden der Gerechtigkeit, als beste Lehrmeisterin. Besonders auf dem Boden der Landesgeschichte, auf dem der weitere Ausbau der Verfassung und Gesetz zu erfolgen hat. Ungeschichtlich und unlichtensteinisch ist die ungeschöne Bezeichnung: Regierungschef, Regierungsekretär und ähnliches; geschichtlich und alemannischem Geiste entsprechend ist Landammann, Landtschreiber, welche Bezeichnungen in unserer Verfassung fehlen. Sie werden gelegentlich wieder einzuführen sein. Wohllich ergeht es manchen andern Postulaten, so vor allem solchen, welche bei Schaffung eines neuen Gemeindegesetzes — aber auch anderer Gesetze — an Stelle volksfremder, übernommener — zu berücksichtigen sind.

Die Volkspartei ist der Anschauung, daß nur ein in alltäglichen Zusammenwirken aller Stände: der Landwirte, Gewerbetreibenden und Arbeiter (mit Einschluß der geistlichen Arbeiter) eine glückliche staatliche und politische Zukunft verbürgt. Sie lehnt daher die Politik des Hasses, der unfruchtbarsten Kritik, der Parteidiktatur und der Klassenherrschaft — von welcher Seite sie immer kommen mag — ab. Diese Sätze sind in jedes Haus getragen worden, als ehrliches Bekenntnis zum Zusammenwirken; das war die Hand geboten, dafür haben die Parteianhänger Liebe und Schläge bekommen. Und man bekommt den Eindruck, daß man keinen Frieden will und doch immer auf den „anderen“ als den Unfriedensstifter zeigt. So greifenhaft ist jedoch die Partei gottlos noch nicht, als daß sie diese den Frieden nicht fördernde Rolle parieren und ihr ein Halt gebieten könnte. Haß und unfruchtbar Kritik rufen schließlich im Weislichen die niederste Instinkte an, und gegen ein solches Gebahren gibt es nur ein Mittel: zu zeigen, daß man sich nicht alles gefallen läßt, daß man es, wenn es schon sein muß, mit einem furchtlosen Gegner zu tun hat.

Bei alledem hat aber zu gelten, was das Programm unter den grundsätzlichen Erklärungen als Ende sagt: „Ihr Zweck ist die Hebung des Wohlergehens des Volkes, seiner Glieder und des Staates, sowie der Gemeinden, wobei dem volkswirtschaftlichen Aus- und Aufbau ein besonderes Augenmerk zu widmen ist und der Ausbau der Gesetze insbesondere unter diesen Gesichtspunkten zu erfolgen hat.“

Nicht um ihrer selbst willen, nicht um persönlicher Machtgier willen kann eine Partei Daseinsberechtigung haben, sondern nur im Sinne der vorausgehenden Ausführungen. Und das ist Sinn und Inhalt des Programmes der Volkspartei.

Lichtenstein.

Personalleit. Der Vizepräsident des Landgerichtes Feldkirch, zugleich Vorsitzender

der des fürstl. lichtensteinischen Obergerichtes, Herr Hofrat Dr. Martin Hammerle in Feldkirch wurde vom österreichischen Bundespräsidenten zum Richter des Obersten Gerichtshofes in Wien ernannt. Wir gratulieren zu dieser Ehre!

Totentafel. (Eingel.) Letzten Samstag ereignete sich im Märlserholz ein bedauerlicher Unfall mit leider tödlichem Ausgang. Fidel Fric, Sohn des † Josef Fric Nr. 26, wollte mit zwei Mitarbeitern (seinem Bruder Wilhelm und Georg Kigg) ins Holz gehen und strebte neben einer Riese dem Arbeitsplatz zu. Während dieser Zeit ging den schon im Schlage beschäftigten Arbeitern eine Buche durch, welche in der Riese durch einen Stod abgewiesen und hierauf unmittelbar auf Fidel Fric und seine zwei Begleiter zunging. Die letzteren zwei konnten sich noch in Sicherheit bringen, nicht aber Josef Fric, welcher im oberen Teile des Rückens und am Genick getroffen wurde. Schwer verletzt hoben ihn seine Begleiter auf und veranlaßten die erste Hilfeleistung durch Herrn Dr. Grämiger. Dieser wieder ordnete die Ueberführung ins Krankenhaus Wallenstadt an, wo der Verunglückte schon um die Mittagsstunde verschied. Der Verstorbenen hatte außer Dankschreibungen durch den Anprall auch einen Lungenschlag erlitten, so daß ein Aufkommen nicht mehr möglich war.

Der Verstorbenen war ein allgemein geachteter braver und sehr arbeitsamer Burche von kaum 20 Jahren. In Erfüllung seiner harten Pflicht mußte er nun sein Leben hergeben, kaum daß er Gelegenheit gehabt hat, das selbe recht kennen zu lernen. Der Verstorbenen verriet trotz seiner Jugend schon ein großes Interesse am Fortschritte unserer Heimat.

Die Familie war in den letzten Jahren viel vom Unglück verfolgt. Vor einigen Jahren fiel ein 6-jähriges Brüdchen des Verstorbenen von der Heubühne ins Tenn und starb nach einigen Augenblicken. Der Vater des Verstorbenen verschied vor bald zwei Jahren im Krankenhaus in Wallenstadt nach kaum zweitägiger Krankheit an einer Darmverwundung. Im gleichen Bett hat nun Samstag sein Sohn das Leben dem Schöpfer zurückgegeben.

An der Bahre des Verunglückten trauern seine Mutter mit drei Brüdern und fünf Schwestern.

Selten hat Balzers einen so großen Leidenzug gesehen, wie er Fidel Fric zuteil wurde. Die ganze Gemeinde legte Zeugnis ab von der Beileidigkeit, deren sich der Verstorbenen erfreute, sie wollte zugleich aber auch den Hinterbliebenen das tiefe Beileid bezeugen, das der Familie entgegengebracht wird.

Die ewige Ruhe für den Verstorbenen, Gottes Trost für die Hinterbliebenen. Unser herzlichstes Beileid.

Baduz. (Eingel.) Todesfall. Samstag vormittags verschied in Baduz Fräulein Fanny Seger, Tochter des verstorbenen Reinhold Seger in Helligkreuz. Die Verstorbenen erreichte das Alter von 50 Jahren und war seit Jahrzehnten hauptsächlich im Hotelfache in der Schweiz tätig. Der Kronensturz veranlaßte das mühsam ersparte Vermögen der Verstorbenen und raubte ihr so die Hoffnung auf einen Notpfennig für ihre alten Tage. Seit längerer Zeit trankelte Fanny Seger, ein heimtückisches Leiden hatte sich eingestellt und Samstag forderte der Schnitter Tod seinen Tribut. Still und brav, wie sie gelebt, ist Fanny Seger Samstag in die Ewigkeit hinübergeschlummert. An ihrer Bahre trauert ihr Bruder und ihre Schwester.

Sie ruhe im Frieden. Den Angehörigen unser herzlichstes Beileid.

Baduz. Turnhallenbau. In Baduz ist es kein Geheimnis mehr, daß sich der Turnverein ernstlich mit dem Gedanken befaßt, ein eigenes Heim zu bauen. Zu diesem Zwecke wurde denn auch schon vor längerer Zeit ein „Turnhallenbau-Komitee“ gewählt, dessen Aufgabe es ist, diese Gedanken wenn irgend möglich in die Tat umzusetzen. So weit ist die Sache nun schon vorgeschritten, daß ein von Herrn Baumeister Anton Opelt, Baduz, angefertigter Bauplan ausliegt über eine Turnhalle, die, wenn sie zustande kommt, ein Stütz der Gemeinde bildet, auf das jeder Bürger einen Stolz haben kann.

Der Neubau, der außer dem Turnsaal, wie er für einen regelrechten Turnbetrieb zur Förderung körperlicher Gesundheit und Gewandtheit der Jugend notwendig erscheint, soll auch nach Möglichkeit allen Bedürfnissen der Gemeinde Rechnung tragen; wenn dieselbe den Turnverein bei dem Bau einer Turnhalle unterstützt. Es erbringt wohl jeder weitere Erläuterung, daß in Baduz das dringende Bedürfnis besteht, für die Gemeindeversammlungen einen genügend großen Raum zu schaffen. Eine geordnete Abhaltung von Bürgerversammlungen ist unter den heutigen Verhältnissen total ausgeschlossen. Daß ein Verwellen im Schulgebäude bei einem solchen Andrang von Leuten, mit Rücksicht auf die Baukonstruktion, lebensgefährlich ist, ist Tatsache und

ebenfalls unzulässig. Ferner ist es erstrebenswert, daß auch für andere Vereine ein Probelokal geschaffen wird, so insbesondere für den Musikverein, um das Schulgebäude zu entlasten. Nicht zuletzt aber wäre der Landesrealschule wie auch der Volksschule die Durchführung des Schulturnunterrichtes zur Verfügung zu stellen. Dann wird die Zeit nicht mehr allzufern sein, daß in Baduz eine Gemeindefanzlei mit einem ständigen Sekretär eröffnet werden muß. Dies erfordert wieder geeignete Lokalitäten und da wäre bereits in genügender Maße in diesem Neubau Vorkehrung getroffen. All diesen Bedürfnissen wird Rechnung getragen oder kann vielmehr entsprochen werden, wenn eine Turnhalle nach vorliegendem Plane gebaut wird.

Dies nun zu ermöglichen, ist Sache der Bürger von Baduz, die, wie ich mit Bestimmtheit vernommen habe, in aller nächster Zeit zu einer begünstigten Gemeindeversammlung zusammen treten werden. Schon hat das Baukomitee mit dem Gemeinderat Fühlung genommen und die erfreuliche Wahrnehmung gemacht, daß derselbe das Unternehmen in anerkannter Weise unterstützt. Wäge auch die Versammlung das, was die Gemeindevertretung für gut befindet, unterstützen und dafür eintreten, damit in unserer Gemeinde etwas geschaffen wird, was der Allgemeinheit und der Erziehung der Jugend äußerst förderlich ist. Nur in einem geeigneten Lokal, ist es möglich, den heutigen Turnbetrieb aufrecht zu erhalten und zu fördern und damit die heutige Jugend zu gesunden, starken Männern heranzubilden. Denn in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist und das soll auch bei uns in Baduz nicht vergessen sein.

Trüben. (Eingel.) In unserer Gemeinde kommen derzeit Sachen vor, die uns zu einem gerechten Tadel Anlaß geben. So sollen z. B. unsere Bestandsbücher einem Nichtbütger zur Verfügung übergeben worden sein. Ferner sollen bei der geplanten Wasserleitungslotterie ein- und derselbe Nichtbütger und sogar ein Ausländer als Komiteemitglieder bestellt worden sein. Sind denn unsere Gemeindeväter nicht mehr instande, solches selbst zu besorgen oder wenigstens durch Triebner besorgen zu lassen, oder haben erstere mit der Gemeinderrechnung von 1923 zu tun, auf welche wir schon lange vergebens gewartet haben (denn heute zählen wir 1926). Wir eruchen daher die hohe Regierung, in dieser Angelegenheit darauf hinzuwirken, daß unsern dringenden Verlangen endlich Rechnung getragen wird. Mehrere Bürger.

Mitteilungen der Wirtschaftskammer.

Wir machen auf jene Berufe aufmerksam, die — in besonderer Berücksichtigung des schweizerischen Wirtschaftsgebietes — gute Aussichten auf Vorwärtkommen haben: Baupolier, Die ausgebildeten Lehrlinge können erfahrungsgemäß auf sofortige und bleibende Beschäftigung rechnen; Kutschner (hier wie bei guten Maßschneidern ist eine gewisse Begabung im Zeichnen notwendig); Maler (tüchtige Kräfte finden hier immer gute und einträgliche Arbeit); Glaser, Kesselschmiede, Kupfer- und Schmiede (gesunden und kräftigen Leuten sind diese Berufe empfohlen); Coiffeur (gute Kräfte sind gesucht und gut bezahlt). Es sind zu vergeben: Schreinerarbeiten.

Für die Interessenten von deutschen Geschäftsverbindungen: In Wien (1. Elisenbethstraße 9) ist in Anlehnung an die auslandsdeutsche Kammer für Handel u. Volkswirtschaft zur leichteren Durchführung verschiedener wirtschaftlicher Fragen und Interessen eine behördlich angemeldete Verkehrsanzlei unter dem Namen „Auslandsdeutscher Wirtschaftsdiens Wien“ errichtet worden. Diese Stelle steht Interessenten zur Erteilung von Auskünften kaufmännischer und wirtschaftlicher Natur gerne zur Verfügung. Wirtschaftskammer.

Die politischen Spaghetti in Basel.

Der weltberühmte Maler Murillo hat verschiedene Bettelbubenbilder italienischer und spanischer Natur gemalt. Eines davon stellt einen armen Jungen dar, wie er gerade mit Heißhunger eine Portion Spaghetti verzehrt. Auf seine Art: Ohne Gabel. Dieser Murillo hätte nun bald eine politische Affäre heraufbeschworen. Hier Ursache und Wirkung: Ein italienischer Wirt in Basel benutzte das Gemälde zu Reklamewerben auf einer mit der Trifolore geschmückten Fahne. Darüber erbot sich der Generalkonsul genannter Nation; Herr Tamburini, derart, daß es dem hiedern Spaghettiverkäufer halb an den Kragen ging. Man glaubte nämlich bei den betreffenden Behörden; der italienische Staat sei durch diesen „Sanblanger“ im nächsten verlegt worden; denn das moderne

„Maccaronien“ ist im allgemeinen mit der Gabel. Diese Ursachen mühten einem guten Satyrer oder Lustspielbäcker zur Verwertung arg in die Adern stecken. Die Wirkungen jedoch waren schon bedenklicher. Herr Tamburini, der Vertreter des „S. P. A. R.“ (Senat und römisches Volk) in Basel verlangte musolinisch die Ethziehung der Pässe und deren Annullierung. Diese Maßnahme steht nun im Widerspruch mit den Abmachungen des schweizerisch-italienischen Niederlassungsvertrages. Herr Tamburini hat schon öfters die große Trommel geschlagen und dabei den schweizerischen Behörden wie seinen Landsleuten gegenüber den rechten Rhythmus der Vertraglichkeit verfehlt.

Nun wurde bei Fraktionen und Regierung Sturm gelaufen. Mit Recht. Wir haben uns gegen Uebergriffe fremder Elemente auf unsere Staatsordnung und die Funktionen der Behörden zu wehren. Herr Regierungsrat Schneider in Basel leitete eine Aktion an den Bundesrat ein zur Ueberprüfung Tamburini's. Dieser schloß sich der Große Rat Basel's an. Nun sind aber derartige Dessen, auch dem Bundesrat sehr delikat. Mit dem Schema: Strenge im Satz, Milde in der Interpretation läßt sich bei Fragen, welche internationale Beziehungen berühren, mehr erreichen, als mit Freiheit und Protest. In diesem Sinne hat sich auch der Bundesrat, der, nach dem Briefe Bundesrat, Mottas, an die Basler Regierung zu schreiben, die vorläufigen Schritte Herrn Tamburini's mißbilligt, ausgesprochen. Von den ausländischen Konsuln, denen ja kein diplomatischer Charakter zukommt, muß verlangt werden, daß sie sich auf ihren Aufgabekreis beschränken und die inländische Gesetzgebung respektieren. Da Herr Tamburini sich nicht immer an diese Grundsätze hielt, hat er, auch wenn er keinen Posten in Basel, bis auf weiteres beibehält, seine Wirksamkeit in der Schweiz in bedauerlicher Weise erzwungen.

Die Mühseligkeit wird sein, daß man den Murillo wieder aus dem Grabe hervorholt, dessen Ruhe er schon hunderte von Jahren genießt. Seine Aufgabe wird dann eine Korrektur seines beliebigen Werkes sein. Sobald nämlich der Betteleuge eine Gabel an die Hand kriegt, mit der er, nach den Lehren Knigges, und der modernen Zeit, ja dann ist der Herr Generalkonsul befriedigt. Es ist zwar ein, alter, und abgegriffener Spruch, aber ich bringe ihn doch: „Bideant consules“ — Es mögen die Konsuln und Generalkonsuln nachsehen, daß der Staat keinen Schaden leidet. S.

Die Opfer der Eisenbahn.

Einer interessanten Abhandlung über Eisenbahnunfälle im „S. B. Nachrichtenblatt“ ist zu entnehmen, daß die Zahl der verunglückten Angestellten in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist. Trotz dem schweren Unfall in Bellinzona, bei dem allein 18 Angestellte verunglückten, sind im ganzen im Jahre 1925 auf eine Million Zugkilometer 8 Angestellte weniger verunglückt als in den beiden Vorjahren und 30 weniger als im Jahre 1919. Mit Ausnahme der letzten zwei Jahre hat auch die Zahl der verunglückten Reisenden eine erfreuliche Abnahme erfahren. In den letzten 10 Jahren sind auf den Linien der Bundesbahnen auf je 10 Millionen Reisende durchschnittlich nur einer getötet und vier verletzt worden. Im Eisenbahnwesen lassen sich drei Gruppen von Unfällen unterscheiden: die Unfälle, die Betriebsunfälle und die Unfälle in den Hilfsbetrieben. Seit der Einführung des elektrischen Betriebes ist eine neue Gefahrenquelle dadurch, daß sich das Personal viel in der Nähe von hochgepannten Anlagen bewegen muß. Eine auffallende Vermehrung der Unfälle und Zuggefährdungen ist auch bei den Niveaueibergängen durch die starke Zunahme des Automobilverkehrs eingetreten. In den letzten vier Jahren fanden auf den Linien der schweizerischen Bahnen 204 Gefährdungen von Zügen durch Motorfahrzeuge auf Niveaueibergängen statt, wobei in 115 Fällen geschlossene Barrieren eingerannt wurden. Die Frage der Sicherung der Niveaueibergänge in Anpassung an den gesteigerten Automobilverkehr wird bekanntlich gegenwärtig eingehend geprüft.

Die Ursachen, welche Tötungen und Verletzungen beim Eisenbahnbetrieb zur Folge haben, sind mannigfacher Art. So sind z. B. die 32 Angestellten, die im Jahre 1924 bei Unfällen den Tod fanden, wie folgt verunglückt: 7 beim Zusammenstoß in Bellinzona, 2 durch Sturz von einem entgleisten Rollwagen, 2 durch Anprall an einem Gegenzug beim Hinauslehnen, 3 durch Erdrücken, im Rangierdienst, 1 durch Sturz von der Lokomotive, 1 durch Sturz von einer Brücke beim Unterhalt des Geleises, 1 durch Sturz von einer Leiter infolge Anfahrens durch einen Rangierzug, 4 durch Berührung mit Starkstrom, 1 durch Schlag eines vom Gepäckschaden herunterfallenden Gepäckstückes, 10 wurden von Zügen überfahren, 1 verunglückte auf der Fahrt mit der Drahtseilbahn, 2 beim Heimgang von und zu der Arbeit, 2 beim

un
Di
19
her
lid
Ja
bei
rill
un

aus
jen
Sch
Un

Vol
für
den
die
gibi
höc
Pr
tig
Se
W
lich
hen
im
Wei
liche
dies
stän
die
gebu
lig
dam
müß
lich
sonst
uns
schle
Ram
lich,
wir
jesh
für
chrif
Voru
Gene
deshe
wif
leit
für
Zettu

K

RI
Nä
V

Supery
Rast-S
Rast-En
Rast-S
Rastfah
Ammon
soll bei
schladen
Di
nicht bei
zu tun,
werden

Feste 5